

- 1 *Die Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt möge beschließen:*
- 2 *Die Landesmitgliederversammlung der Jusos in Land Bremen möge beschließen:*
- 3 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt möge beschließen:*
- 4 *Der Landesparteitag der SPD Bremen möge beschließen:*

5 **Die Corona-Pandemie zeigt: Eine feministische Politik ist** 6 **wichtiger denn je!**

7 Die Corona-Krise hat bestehende Missstände und Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft
8 aufgezeigt und zum Teil enorm verschärft. Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft
9 brauchen wir weiterhin grundlegende Veränderungen!

10 Vor allem Frauen sind von der Pandemie auf verschiedenen Ebenen besonders hart
11 betroffen. Dabei wird nicht zuletzt eine stetig wachsende ungleiche Verteilung der Care-
12 Arbeit sichtbar. Care-Arbeit oder Sorgearbeit meint die Tätigkeiten des Sorgens und
13 "Sichkümmerns". Darunter fällt Kinderbetreuung oder Altenpflege, aber auch familiäre
14 Unterstützung, häusliche Pflege oder Hilfe unter Freunden. Die Corona-Krise führt auch zu
15 einem schleichenden und stillschweigenden Rückgang zu klassischen Rollenverteilungen.
16 Beispielsweise wurde zu Beginn des Lockdowns im vergangenen Jahr, in der Hälfte der
17 deutschen Haushalte die Kinderbetreuung überwiegend von Frauen übernommen. Studien
18 zeigen außerdem, dass deutschlandweit 27% der Frauen ihre Arbeitszeit reduziert haben,
19 Männer hingegen nur 16%. Selbst wenn beide Elternteile im Homeoffice sind, wird oftmals
20 eine stillschweigende Übereinkunft dahingehend getroffen, dass die Frauen neben ihren
21 beruflichen Verpflichtungen auch den Haushalt und die Kinderbetreuung übernehmen.
22 Infolgedessen sind sie immer mehr dem wachsenden Druck ausgesetzt, beruflichen und
23 familiären Anforderungen gerecht zu werden. Dadurch erleben sie zugleich eine doppelte,
24 oftmals auch psychische Belastung durch Care-Arbeit und Homeoffice.

25 Um dieser Doppelbelastung zu entgehen, reduzieren viele Frauen ihre Arbeitszeit. Was
26 dabei oft nicht thematisiert wird ist, wohin diese Entscheidung eigentlich führt:
27 Lohneinbußen, schwindende berufliche Perspektiven und Weiterentwicklungen, sowie
28 Einbußen bei der späteren Rente. All diese Missstände zu Lasten der Frauen während der
29 Corona-Pandemie dürfen nicht weiter unberücksichtigt bleiben und können nicht länger
30 hingenommen werden!

31 Diese wachsende Ungerechtigkeit und Überbelastung wird aber nicht nur im Bereich der
32 unentgeltlichen Care-Arbeit ersichtlich. Viele systemrelevante Berufe wie z.B. die
33 Erziehungs- und Gesundheitsbereiche, werden ebenso überwiegend von Frauen ausgeübt!
34 Dabei sind sie nicht nur viel häufiger gesundheitlichen Risiken, wie z.B. einer höheren
35 Ansteckungsgefahr und eine steigende Belastung durch rapide ansteigende Mehrarbeit,
36 ausgesetzt. Sie müssen oftmals prekäre Arbeitsbedingungen aushalten und sind zudem
37 schlechter bezahlt - und das nicht erst seit der Corona-Krise! Ein Beklatschen der Care-
38 Berufe und vorübergehende finanzielle Prämieren dürfen nicht die einzigen Symbole der
39 Wertschätzung bleiben! Wir müssen die Gelegenheit beim Schopf packen und eine
40 Neustrukturierung von Care-Arbeit umsetzen – und zwar jetzt! Nur so lassen sich diese
41 Missstände (dauerhaft) beseitigen.

42 Deshalb fordern wir:

- 43 ● Professionelle Care-Berufe, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, müssen
44 kontinuierlich deutlich finanziell aufgewertet werden und die dortigen
45 Arbeitsbedingungen erheblich verbessert werden.
46 ● Zeitbudgets für den Lebenslauf und Ansprüche auf Lohnersatz für nicht
47 professionelle Care-Arbeit müssen ermöglicht werden, damit die Reduzierung von
48 Arbeitszeiten oder vorübergehende berufliche Unterbrechungen ausgeglichen
49 werden können und entsprechende Wertschätzung erfahren.
50 ● Sorgende Nachbarschaften zu fördern, um eigenverantwortliche soziale
51 Unterstützungsnetze im direkten häuslichen Umfeld über die Familie hinaus zu
52 ermöglichen
53 ● Die Bedürfnisse der Frauen müssen bei den politischen Debatten und den
54 coronabedingten Entscheidung generell mehr Berücksichtigung finden.
55

56 Neben diesen Missständen ist die Corona-Pandemie für Frauen aber auch besonders
57 gefährlich, weil sie verstärkt häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Die Pandemie stellt viele
58 Familien und Beziehungen vor großen Herausforderungen wie z.B. Existenzängste,
59 finanzielle Sorgen und allgemein (soziale) Einschränkungen im Alltag. All dies verstärkt das
60 Risiko häuslicher Gewalt insbesondere gegenüber Frauen. Hinzu kommt, dass aufgrund der
61 coronabedingten Kontaktbeschränkungen oder Quarantänemaßnahme die Möglichkeiten,
62 sich Hilfe zu suchen, z.B. bei Freunden oder den entsprechenden Beratungsstellen,
63 eingeschränkt sind. Diese prekären Umstände müssen durchbrochen werden um Frauen
64 auch während der gegenwärtigen Corona-Pandemie den notwendigen und ausreichenden
65 Schutz vor häuslicher Gewalt bieten zu können.

66 Analysen zeigen außerdem, dass bundesweit die finanzielle Lage der Frauenhäuser
67 schlecht ist und dass diese häufig voll belegt sind. Oft werden Frauen deswegen
68 abgewiesen. Der Europarat empfiehlt einen Frauenhausplatz pro 7500 gemeldete Personen.
69 Laut Correctiv.org stehen in Bremen 1,36 Plätze pro 7500 gemeldete Personen zur
70 Verfügung. Damit wird Bremen zwar der Empfehlung des Europarats gerecht. Unter
71 Anbetracht der steigenden Gewalt gegenüber Frauen ist diese Platzanzahl jedoch zu wenig!

72 All diese Missstände müssen durchbrochen werden. Dies lässt sich nur mit einer
73 umfassenden feministischen Politik erreichen, welche die Bedürfnisse und Risiken der
74 Frauen ernst nimmt und in konkrete Politik umsetzt. Jetzt und in Zukunft!

75 Deswegen fordern wir:

- 76 ● Eine bessere öffentliche Wahrnehmung und Sensibilisierung für das Thema Gewalt
77 gegenüber Frauen schaffen
78 ● Insbesondere während der coronabedingten Einschränkungen müssen schnellere
79 und einfachere Wege zu Hilfsangeboten in Form von provisorischen
80 Beratungsstellen im öffentlichen Raum ermöglicht werden, wie z.B. in Behörden oder
81 auch in Supermärkten.
82 ● Die Zustände der Frauenhäuser müssen verbessert werden. Das bedeutet, in den
83 Frauenhäusern Bremens müssen mehr als nur 1,36 Plätze pro 7500 gemeldet
84 Personen zur Verfügung stehen. Wir fordern eine Aufstockung auf mindestens 1,5
85 Plätze pro 7500 Einwohner*innen. Hierfür muss eine verlässliche und

86 bedarfsdeckende Finanzierung gewährleistet sein, damit die Frauenhäuser ihre
87 Kapazitäten ausbauen und die Räumlichkeiten besser ausstatten können.

88